



Engagement unter autoritären Bedingungen

Lehren aus Europa und den USA

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Engagement unter autoritären Bedingungen	3
Aus Fehlern lernen	5
Gut aufgestellt - wie Engagement unter autoritären Bedingungen gelingen kann	11
Gute Taktiken	11
Gute Themen	14
Gute Bündnisse	16
Gute Strukturen	18
Gute Vorbereitung	19
Und jetzt?	21
Gut aufgestellt: Weiterführende Ressourcen für zivilgesellschaftlich Engagierte	22
Unsere Gesprächspartner*innen	22
Impressum	23

Einleitung

„No kings“ – unter diesem Motto strömen Millionen Amerikaner*innen auf die Straßen. Beliebte sind aufblasbare Tierkostüme, auf ihren Schildern steht „Demokratie statt Trumpokratie“ oder „Amerika wählt Präsidenten – keine Könige“. Die Massenproteste im Juni und Oktober 2025 waren das sichtbarste Lebenszeichen der amerikanischen Zivilgesellschaft seit Trumps erneuten Amtsantritt im Januar. In weniger als einem Jahr hat der amerikanische Präsident die US-Gesellschaft massiv umgebaut. Zu seinen mit drastischen Worten beschworenen Feindbildern gehören neben Migrant*innen, Universitäten und Medienunternehmen auch die organisierte Zivilgesellschaft. Damit steht Trump nicht alleine: Autoritären Regierungen weltweit ist demokratisches Engagement ein Dorn im Auge. Ein etabliertes Vorbild ist für viele dieser Akteur*innen Viktor Orbán, der seit 2011 Ungarn zu einer „illiberalen Demokratie“ umbaut. Bestandteile von Themen und Strategien, die Orbán in Ungarn erprobt hat, finden sich in Polen unter der PiS-Regierung, in Melonis Italien, Vučićs Serbien oder im Parteiprogramm der österreichischen FPÖ wieder.

Was also kann die organisierte Zivilgesellschaft von denen lernen, die bereits jetzt unter extrem rechten Regierungen arbeiten oder in Gesellschaften mit einer lange verankerten extremen Rechten aktiv sind? Dazu haben wir ein Dutzend leitfadengestützte Interviews mit Expert*innen aus sieben Ländern geführt. Aufbauend auf ihren Erfahrungen in Ungarn, Polen, Serbien, Italien, Österreich, der Schweiz und den USA wollen wir Denkanstöße für deutsche Engagierte geben.¹ Denn auch hier versucht die AfD – mit zunehmender Beihilfe von Teilen der Union – die Zivilgesellschaft zu diskreditieren und Engagement zu erschweren. Die Interviews stellen keine umfassende strukturelle Analyse der autoritären Entwicklungen dar, bieten aber wertvolle Momentaufnahmen aus der Praxis.

Zunächst wollen wir zeigen, welche Bedrohungen von autoritären Akteur*innen für die Zivilgesellschaft ausgehen. Darauf aufbauend leiten wir Ideen für den deutschen Kontext ab: Welche Strategien funktionieren in anderen Ländern (nicht) und entlang welcher Themen und Werte lässt sich zivilgesellschaftlicher Protest mobilisieren? Wie können breite Bündnisse geschmiedet werden und die Zivilgesellschaft auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig bleiben?

„Es gab nicht den einen Wendepunkt, wo es plötzlich super schlimm geworden ist, oder wir gemerkt haben: ‚Aha, das ist jetzt echter Rechtsextremismus und diese Demokratie ist zu Ende‘. Es war ein kontinuierliches Abrutschen in ein autoritäres Regime, das jeden Tag ein bisschen schlimmer geworden ist.“

János Nagy, Ungarn

¹ Da einige unserer Interviewpartner*innen nur anonym zitiert werden wollen, haben wir uns entschieden, ihre Namen zu pseudonymisieren, um alle Erfahrungen aus den Interviews gleichermaßen wiedergeben zu können.

Engagement unter autoritären Bedingungen

Zivilgesellschaft im Visier

Von juristischen Drohgebärden über Hausdurchsuchungen bis hin zu Handyüberwachung – alle unsere Interviewpartner*innen berichten von Repressionen, denen zivilgesellschaftliche Organisationen durch extrem rechte Regierungen ausgesetzt sind. Die Attacken erfolgen systematisch und mit großer Wucht. Eine vielfältige, demokratische Zivilgesellschaft, die fest in der Bevölkerung verankert ist, steht autoritären Akteur*innen im Weg. Darum ist es ihr Ziel, zivilgesellschaftliche Strukturen zu schwächen, zu delegitimieren und schließlich zum Verstummen zu bringen.

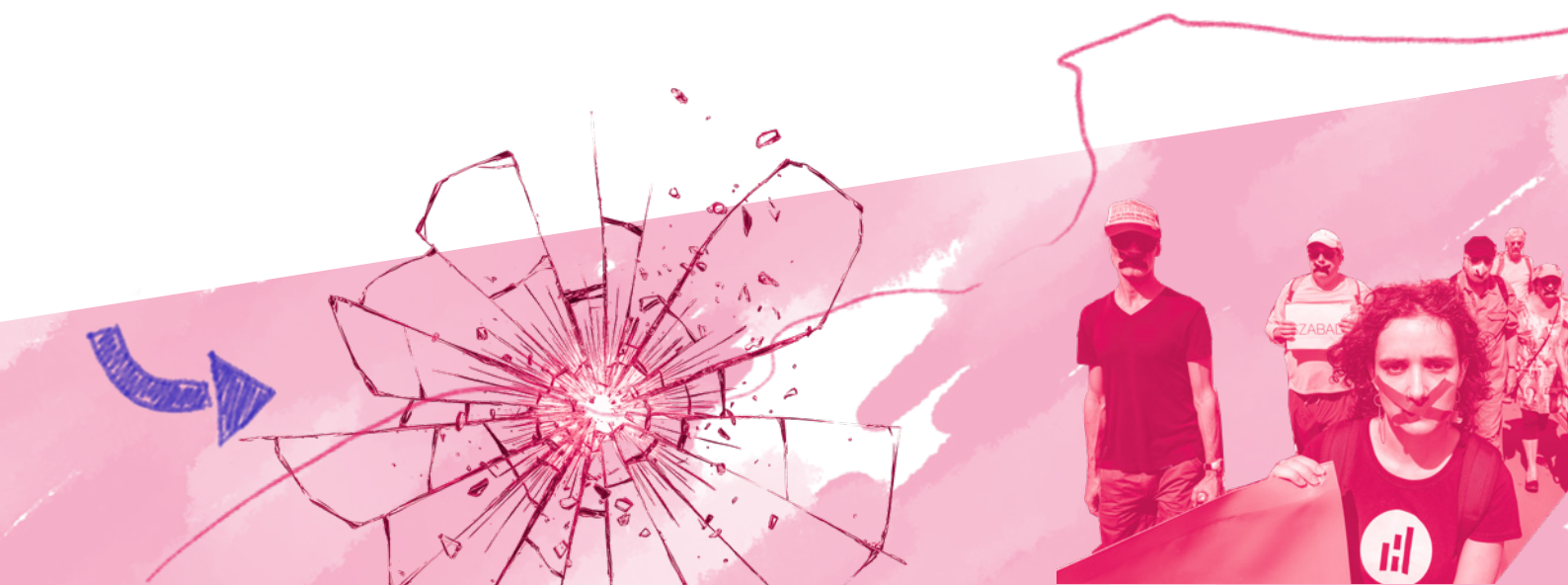
Ein stetig auftauchendes Mittel ist die **rhetorische Delegitimierung**: zivilgesellschaftliche Organisationen werden als 'Staatsfeinde' oder 'ausländische Agenten' diffamiert. Diese Narrative schaffen ein gesellschaftliches Klima, in dem Angriffe auf Engagierte und ihre Strukturen gerechtfertigt erscheinen. Viele unserer Gesprächspartner*innen beschreiben eine Atmosphäre latenter Gewalt, die jederzeit eskalieren kann. Durch martialische Rhetorik, die die Aktivist*innen entmenslicht und von politischen Gegner*innen zu Feind*innen erhebt, heizen autoritäre Machthaber wie Donald Trump in den USA und Jarosław Kaczyński in Polen dieses Eskalationspotential weiter an. Julia Nowak, ehemalige Geschäftsführerin einer polnischen NGO, führt aus: „Wir wurden mit Ungeziefer, mit Insekten verglichen. Das war wirklich eine faschistische und sehr hasserfüllte Sprache in der öffentlichen Debatte. Ich denke, die Art und Weise, wie [marginalisierte Gruppen] in der öffentlichen Debatte dargestellt wurden, hat die Menschen wirklich dazu ermutigt, entsprechend zu handeln und hat gezeigt, wie akzeptiert Gewalt gegenüber diesen Gruppen ist.“ Andrew Davis, der für einen US-Thinktank arbeitet, sieht Trumps Einstufung der 'Antifa' als Terrororganisation in einer ähnlichen Funktion – als Mittel, um Engagement und die Menschen, die sich für demokratische Werte einsetzen, willkürlich kriminalisieren zu können. Die Interviews zeigen: Diese Drohkulisse verstärkt die psychologische Zermürbung und treibt Menschen aus dem Engagement. Hinter den Attacken stehen menschliche Schicksale – von eingeschüchterten Engagierten bis hin zu gefeuerten Behördenmitarbeiter*innen.

Zusätzlich setzen autoritäre Regierungen **administrative und juristische Schikanen** ein, etwa aufgeblähte Berichts- und Registrierungspflichten und teils willkürliche Klagen. Diese Maßnahmen binden massive Ressourcen, die in der eigentlichen zivilgesellschaftlichen Arbeit fehlen. Selbst wenn diese Maßnahmen nicht immer zu tatsächlichen Kürzungen oder Verurteilungen führen, entfalten sie ihre einschüchternde Wirkung. **Finanzielle Repression** – etwa durch Einfrieren von Konten, Entzug der Gemeinnützigkeit oder Kürzung staatlicher Förderungen – bringt viele Organisationen in existenzielle Bedrängnis. Auch Stiftungen und Förderorganisationen geraten unter Druck. Unsere Gesprächspartner*innen beschreiben, wie Organisationen gezwungen sind, einen wachsenden Anteil ihrer Energie in die Sicherung ihres Überlebens zu investieren. Diese finanzielle Strangulierung ist besonders effektiv, weil sie politische Motive in einen formal-legalistischen Duktus kleidet und selbst wenn sie rechtlich wenig Substanz hat, existenzvernichtend wirken kann.

Zentral für die Rechtfertigung dieser Attacken und das Mainstreaming extrem rechter Narrative ist die Kontrolle über die Berichterstattung. Die **Einschränkung unabhängiger Medien** gehört zum Standardrepertoire in vielen Heimatländern unserer Gesprächspartner*innen. Gerade wenn sie nicht regiert und die Macht hat, Medien einzuschüchtern oder zu zentralisieren, greift die extreme Rechte auf ein breites Ökosystem eigener Kanäle zurück. Für Österreich beschreibt der NGO-Chef Wolfgang Pichler: „Die FPÖ ist ein Medienunternehmen, das bei Wahlen kandidiert. Sie hat unter Kickl begonnen, sehr systematisch eigene Kommunikationskanäle aufzubauen [...] Und das hat dann zu einer Strategie geführt, wie wir sie auch in den USA im MAGA-Umfeld sehr gut beobachten können: das Entwickeln von einer Reihe von, euphemistisch gesagt, ‚alternativen Medien‘, also in Wirklichkeit rechten Kampagnenplattformen [...]“

Ungarn ist ein Wegbereiter im autoritären Staatsumbau unter Einschränkung der demokratischen Zivilgesellschaft – seit 2011 hat Viktor Orbán hier die Macht und die Mittel, für den Umbau zur ‚illiberalen Demokratie‘. Unsere ungarischen Interviewpartner*innen berichten von einer Entwicklung, die auch andere autoritäre Akteur*innen interessiert beobachten dürften: der Aufbau einer **regierungsnahen Parallel-Zivilgesellschaft** – von unseren ungarischen Gesprächspartnern als GONGOs (government-organized non-governmental organisations) bezeichnet. Diese nur scheinbar unabhängigen Strukturen simulieren eine kritische Zivilgesellschaft, besetzen so den zivilgesellschaftlichen Raum, konkurrieren um Ressourcen und Aufmerksamkeit und verschleiern durch ihre bloße Existenz die Einschränkung demokratischer zivilgesellschaftlicher Stimmen. Sie dienen der Regierung als Alibi, um den Anschein einer Demokratie mit lebendiger Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten, während kritische Organisationen marginalisiert werden.

Die multidimensionale Strategie zielt darauf ab, die Zivilgesellschaft zu fragmentieren, zu isolieren und letztlich mundtot zu machen, bevor sie effektiven Widerstand organisieren kann. Der Druck erfolgt nicht als einmaliger Schlag, sondern als sukzessives Würgen, das Organisationen den Atem raubt und ihre Handlungsfähigkeit verringert. Die Zivilgesellschaft muss gleichzeitig ihre Arbeit fortsetzen, sich gegen Angriffe verteidigen und neue Strategien für verschärfte Bedingungen entwickeln – eine dreifache Belastung, die viele Organisationen an ihre Grenzen bringt. Werfen wir nun einen Blick auf zentrale wiederkehrende Muster, die unsere Gesprächspartner*innen bei ihren Regierungen beobachten.



Kulturkampf und die Macht der Symbole

Aus allen sieben Ländern beschreiben unsere Gesprächspartner*innen, wie extrem rechte Kräfte auf Kulturkampf setzen. Sie beobachten, wie kulturelle Fragen – etwa zu Geschlechterrollen, sexueller Orientierung, Migration oder nationaler Identität – gezielt instrumentalisiert werden, um die Gesellschaft zu spalten und Opposition zu delegitimieren. Besonders in Polen und Ungarn, in denen autoritäre Regierungen lange an der Macht waren, bzw. sind, attestieren unsere Gesprächspartner*innen eine hohe gesellschaftliche Polarisierung als Folge. In unseren Gesprächen tauchen besorgniserregende Muster auf, vor allem um die Themen Migration und Gender. Erstens sehen wir, dass der Kulturkampf nicht nur diskursiv stattfindet. Wenn gesellschaftliche Gruppen wiederholt als Feinde bezeichnet werden, steigt die Gewalt gegen sie. Julia Nowak erzählt: „Die Gewalt gegen LGBTQ-Personen hat hier in diesen acht Jahren [d. PiS-Regierung] sprunghaft zugenommen. Regelmäßige Vorfälle auf den Straßen, in den Dörfern – die Zahl der gemeldeten Fälle ist in dieser Zeit dramatisch gestiegen.“ Zweitens zeigt sich, dass Migration und Gender nicht nur Lieblingsthemen der extremen Rechten sind, sondern diese Feindbilder auch von anderen aufgegriffen und normalisiert werden, wie der italienische Professor Francesco di Matteo beschreibt: „Die Kriminalisierung und Dämonisierung von Migranten und Flüchtlingen ist zum Mainstream geworden.“ Die Stigmatisierung bestimmter Gruppen hat konkrete Folgen: Sie erschwert Solidarisierung, legitimiert Angriffe und schränkt den Handlungsraum für Organisationen ein, die sich für Minderheitenrechte, Gleichstellung oder pluralistische Werte einsetzen. Drittens spielen Kinder und Jugendliche eine zentrale Rolle im extrem rechten Kulturkampf. So werden queerfeindliche Narrative oft unter dem Deckmantel des 'Kinderschutzes' vorangetrieben. Zusätzlich versucht die extreme Rechte, ihren Einfluss an Schulen und Universitäten auszubauen, Einfluss auf Lehrinhalte zu nehmen und abweichende Meinungen zu unterdrücken, wie uns di Matteo, Marija Petrović aus Serbien, und Hannah Geller aus den USA berichten.

Besonders unsere ungarischen Gesprächspartner beschreiben, wie wichtig Symbole für die Identitätsstiftung sind. Daniel Kovács, Geschäftsführer einer ungarischen NGO, erklärt, wie die Fidesz-Regierung dazu aufforderte, sich die Nationalflagge anzuheften: „Und sie sagten, dass jeder, der auf ihrer Seite steht, diese Flagge tragen sollte. So konnte man auf den Straßen sehen, wer zu ihnen gehörte. Die Menschen begannen [...] sie zu tragen, und sie machten einen großen Unterschied zwischen ihrem Volk und ihren Feinden – denen, die die Flagge trugen und denen, die sie nicht trugen. So fing es an. Aber langsam, Schritt für Schritt, begannen sie wirklich, alle ungarischen Symbole als ihre eigenen zu verwenden. Sie repräsentieren also Ungarn und niemanden sonst. Und wer nicht mit ihnen übereinstimmt, ist gegen Ungarn, ist gegen die Nation.“

Diese Kulturkämpfe sind keine Nebenschauplätze, sondern zentrale Bestandteile autoritärer Strategien: Sie sprechen Emotionen an, um Anhänger*innen zu mobilisieren, schaffen klare Feindbilder und ermöglichen es, politische Gegner*innen als Bedrohung traditioneller Werte darzustellen. Das beeinflusst den gesamtgesellschaftlichen Diskurs, in dem, wie die Österreicherin Lena Steiner sagt, „das Extreme in die Mitte rutscht“.

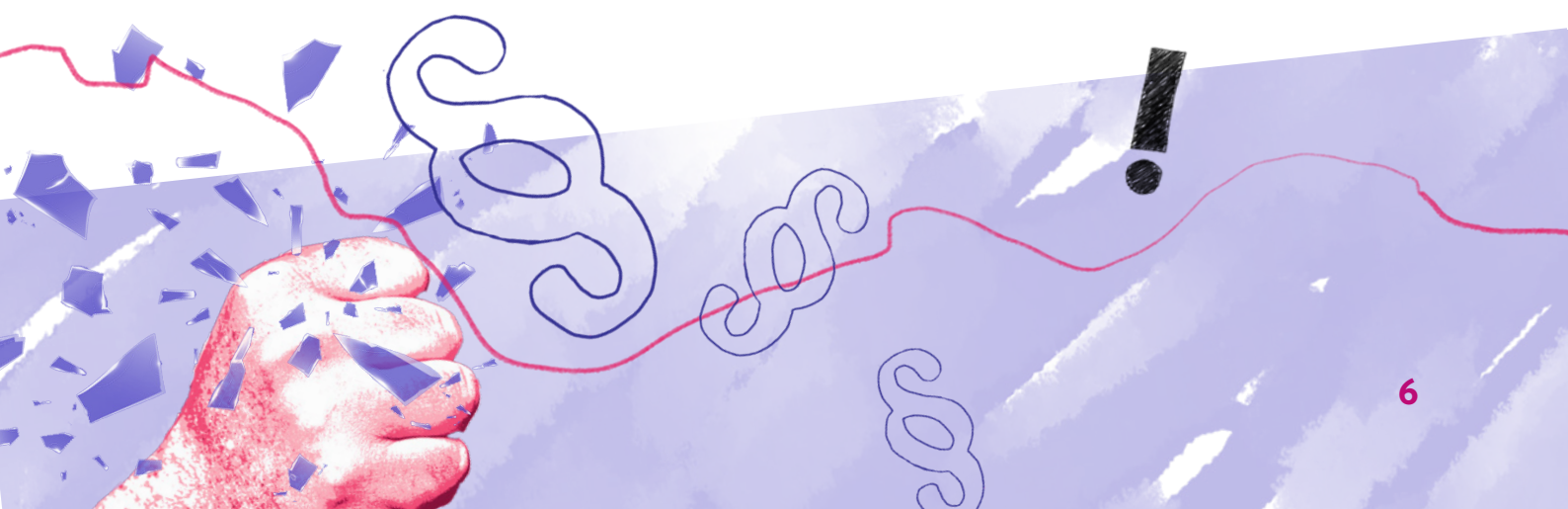
Geschwindigkeit und rechtliche Grenzüberschreitungen

Die Hoffnung, dass autoritäre Akteure sich im Amt mäßigen, erweist sich bisher als gefährliches Wunschdenken. Unsere Gesprächspartner*innen berichten, wie innerhalb kürzester Zeit fundamentale Veränderungen durchgesetzt wurden, die demokratische Institutionen und zivilgesellschaftliche Strukturen massiv beeinträchtigen. Besonders gefährlich ist das, wenn die Regierung eine Mehrheit hat, um die Verfassung zu ändern. Wie etwa in Ungarn, wo die Abgeordneten von Fidesz „[...] bestimmte Teile der Verfassung [ändern], wann immer sie wollen. Denn man kann alles in die Verfassung aufnehmen und von diesem Zeitpunkt an ist nichts mehr illegal, weil man es legal machen kann“, wie es der Ungar János Nagy beschreibt. Dieses Tempo macht es der Zivilgesellschaft schwer, Gegenwehr zu organisieren und hat fatale Folgen für die Gesellschaft. Hannah Geller, die für eine US-amerikanische NGO arbeitet, erklärt: „Das Besorgniserregendste daran ist die Normalisierung dieser Vorgehensweise [...] Es werden so viele völlig verrückte Dinge getan, dass jedes einzelne davon für sich genommen und zu einem anderen Zeitpunkt die Menschen wütend gemacht hätte und sie sich gefragt hätten: Was ist hier eigentlich los? Es gibt so viele davon, dass die Menschen einfach abgestumpft sind oder apathisch werden.“

Mehrere unserer Gesprächspartner*innen beobachten, dass autoritäre Akteur*innen Rechtsbrüche als taktisches Mittel nutzen. Gesetze werden erlassen, obwohl sie juristisch wohl keinen Bestand haben werden. Die Dichte, in der Donald Trumps Vorstöße gerichtlich gestoppt werden, ist beeindruckend. Ähnliches beschreibt Peter Szabó für Ungarn. Die juristischen Grenzüberschreitungen haben eine Doppelfunktion: Sie geben ein entschlossenes Regierungshandeln vor und schaffen Fakten, die den Diskurs beeinflussen. Letzteres beschreibt der Österreicher Wolfgang Pichler so: „Es gibt eine gewisse Bereitschaft, Rechtsakte zu setzen, wo zumindest vorausschauend Zweifel angebracht werden an der Verfassungsmäßigkeit. Aber das Risiko wird offensiv eingegangen, weil es ohnehin dauert, bis dann eine gerichtliche Entscheidung fällt. Und wenn eine Entscheidung höchstrichterlich gegen die FPÖ fällt, dann ist das quasi ein Beweis, dass das System halt komplett von den Systemfeinden [besetzt ist], dann ist es ein Beweis für den Deep State.“

Die Rolle der Konservativen

Welche Folgen erstarkende autoritäre Kräfte für die Zivilgesellschaft haben, hängt mit davon ab, wie sich konservative Kräfte positionieren. Übernehmen sie von der extremen Rechten Themen und Kulturkampf-Attitüde, oder betrachten sie sich als Hüter*innen demokratischer Prinzipien? Wie die Akteur*innen sich verhalten, bestimmt, in welchem Ausmaß die extreme



Rechte Politik prägen kann. Wolfgang Pichler skizziert das am Beispiel der österreichischen Politik: „Die Entwicklung der ÖVP wird darüber entscheiden, ob es hier [für die extreme Rechte] eine Regierungsfähigkeit gibt. Es gibt eine relativ große Naivität in diesen Parteien, obwohl klar ist: Das oberste strategische Ziel der FPÖ ist nicht, zu regieren. Das oberste strategische Ziel der FPÖ ist, die ÖVP zu zerstören.“ Das gilt auch für den deutschen Kontext, wo die AfD zwischenzeitlich die Zerstörung der Union als zentrales strategisches Ziel angab. Dennoch beteiligt sich auch die Union an den Angriffen auf die Zivilgesellschaft.

Die Einschätzungen unserer Gesprächspartner*innen dazu, wie mit radikalisierten Konservativen umzugehen sei, gehen auseinander: Einig sind sich viele, dass die Zivilgesellschaft – auch wenn es politische Differenzen gibt – den Austausch und Kontakt mit konservativen Kräften suchen sollte. Das setzt allerdings voraus, dass es dialogbereite konservative Kräfte gibt, was nicht immer der Fall ist. So schildert Lena Steiner, dass sich die österreichischen Konservativen der ÖVP bereits so weit radikalisiert haben, dass ein Austausch kaum möglich sei. Das rettet sie jedoch nicht davor, von extrem rechten Kräften marginalisiert zu werden. Für die USA konstatiert Matthew Davis, dass „die rechte Mitte vollständig kooptiert [wurde]. Das ist wahrscheinlich der gefährlichste Aspekt unserer aktuellen Lage: Wir haben keine Mitte-Rechts-Partei, die an die Verfassung glaubt.“ Sind Konservative hinreichend stark, neigen sie eher dem Irrglauben zu, diese Stärke erhalten zu können, indem sie auf extrem rechte Themen und Taktiken aufspringen. In Ländern, in denen die extreme Rechte schon lange regiert, ist die Kooperation zwischen liberalen und progressiven mit konservativen Kräften dann wieder möglich, wie uns ungarische Gesprächspartner*innen beschreiben, weil sie nun selbst marginalisiert sind und sich in der Opposition wiederfinden.

Wegducken ist keine Option

Migrant*innen, Muslim*innen, queere Menschen – oft stehen marginalisierte Gruppen im Fokus extrem rechter Angriffe. Aber die Erfahrung unserer Interviewpartner*innen zeigt, dass potenziell jede*r das Ziel dieser Attacks werden kann. Dazu zählen auch Institutionen, die bislang nicht im Fokus des Kulturkampfs standen. Dabei lassen sich in den Ländern unterschiedliche Muster erkennen: Einerseits stehen zum Beispiel in Ungarn, Polen und Italien besonders marginalisierte Gruppen wie People of Color und die LGBTIQ*-Community im Mittelpunkt der Attacks. Donald Trump wählt in den USA hingegen eine andere Vorgehensweise, wie Hannah Geller beobachtet: „Was mir wirklich auffällt, ist, dass die Angriffe tatsächlich von oben kommen [...] Das ist etwas, was man in anderen Ländern nicht so schnell gesehen hat, wo sie eher eine Art Salamitaktik angewendet haben. Sie haben mit den Schwächsten angefangen und sich dann nach oben gearbeitet. Was wir derzeit in den USA beobachten, ist, dass sie ihre Angriffe tatsächlich ganz oben ansetzen und damit allen sagen: Legt euch nicht mit uns an, denn wenn ihr das tut, bekommt ihr große Probleme.“ Besonders in den USA zeigt sich auch, dass als Verbündete wahrgenommene Gruppierungen sich im Ernstfall schnell abwenden können. Während bis in die frühen 2020er stetige Fortschritte in den Bereichen Gleichstellung und Diskriminierungsschutz erzielt wurden, verkündet nun ein Großunternehmen nach dem anderen die Abkehr von seinen Diversitäts- und Inklusionsrichtlinien (Diversity, Equity, Inclusion). Die Angst vor finanziellen Nachteilen und politischer Vergeltung machen Opportunismus und politische Anpassung aus Sicht der CEOs wichtiger als ein stabiles Wertebekenntnis.

Die Zivilgesellschaft lässt sich nicht unterkriegen

Trotz Repressionen, Attacken und schrumpfenden Räumen für Aktivismus: Auch unter autoritären Bedingungen engagieren sich Menschen unermüdlich für die Demokratie. Und sie feiern Erfolge – in lokalen Projekten, mit großen Demonstrationen, zivilem Ungehorsam und breiten Solidaritätsbewegungen. Selbst nach jahrelanger autoritärer Regierung und Normalisierung extrem rechter Ideologie sind Menschen bereit, sich zu engagieren: „Während der Regierung von PiS [Anm. d. Verfasserin: die ehemalige polnische Regierungspartei], war die Zahl der Pride-Paraden so hoch wie nie zuvor. Es gab also viele Impulse für die Bewegung, und die Menschen beschlossen, sie zu organisieren“, erinnert sich Julia Nowak.

Auch unter autoritären Regierungen öffnen sich Fenster für eine breite Mobilisierung. Protestbewegungen entbrennen immer wieder, auch ohne dass sie vorhersehbar gewesen wären, an manchmal verhältnismäßig kleinen Ereignissen. Marija Petrović beschreibt den Einsturz eines serbischen Bahnhofs als solchen Moment. In Ungarn sehen Daniel Kovács und Peter Szabó aktuell eine große Aufbruchstimmung und gesellschaftlichen Willen zur Veränderung mit der Kandidatur Peter Magyars bei den Wahlen im nächsten Jahr. Wenn es der Zivilgesellschaft gelingt, Räume zu sichern und Engagierte zu schützen, sind Aktivist*innen in den wichtigen Momenten in der Lage, autoritäre Kräfte zurückzudrängen.

Aus Fehlern lernen

Wir haben unsere Gesprächspartner*innen gebeten, ihre retrospektive Einschätzung dazu zu geben, was in ihrem jeweiligen nationalen Kontext nicht funktioniert hat – dabei zeigen sich strategische und kommunikative Muster.

Strategische Fehleinschätzungen

In den Gesprächen zeigt sich, dass traditionelle Advocacy-Ansätze unter autoritären Bedingungen schnell an ihre Grenzen stoßen. Etablierte Kanäle zu politischen Entscheidungsträger*innen funktionieren nicht mehr wie gewohnt, Lobbygespräche sind nicht mehr möglich. Das kann damit zusammenhängen, dass die Regierung eigene loyale Strukturen aufbaut (wie die bereits erwähnten ungarischen GONGOs) oder dass die demokratische parlamentarische Opposition nicht handlungsfähig ist, wie es Lisa Webber für die US-Demokrat*innen beschreibt.

Ein weiteres strategisches Versäumnis liegt darin, mögliche Partner*innen zu spät ins Boot zu holen. Viele Organisationen arbeiten in etablierten Netzwerken und klammern damit breitere gesellschaftliche Gruppen aus – in den Gesprächen wird deutlich, dass hier vor allem die Privatwirtschaft zu spät als mögliche Verbündete eingebunden und entsprechende Verbindungen vorbereitet wurden. Wenn die autoritäre Bedrohung bereits manifest ist, gestalten sich Bündnisbildungen dann deutlich schwieriger, da potenzielle Partner*innen bereits eingeschüchtert, polarisiert oder vereinnahmt sein können.

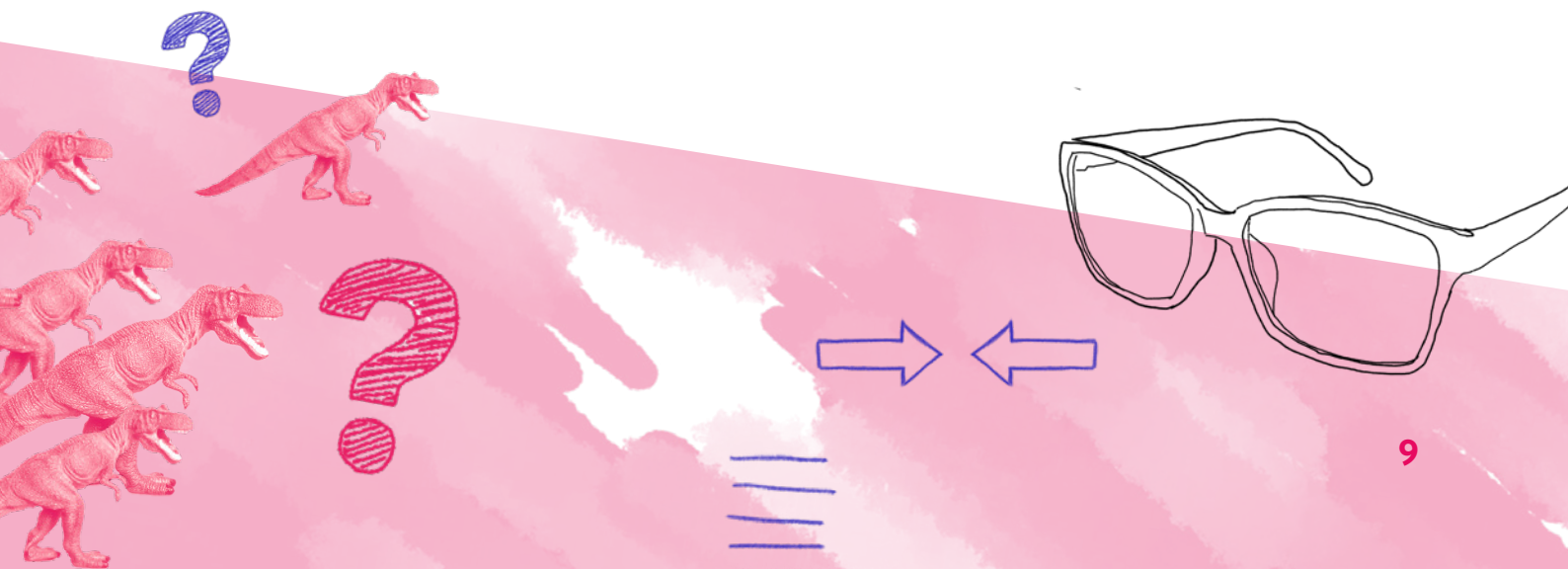
Nicht zuletzt befinden sich demokratische Akteur*innen in einem strukturellen Dilemma: Sie versuchen, Strukturen und Werte gegen eine Regierung zu verteidigen, die diese systematisch untergräbt. Wenn das Rechtssystem und die Verwaltung mit Loyalist*innen besetzt ist, die

Verfassung geändert und die Medien eingeschüchtert sind, greifen etablierte institutionelle Mechanismen nicht mehr, um Missstände zu beheben. Hannah Geller beschreibt die Mechanismen am Beispiel des US-Rechtssystems im Gespräch mit uns wie folgt: „Eine Möglichkeit, sich auf demokratische Weise gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, besteht darin, sie [staatliche Stellen, Anm. d. V.] zu verklagen und vor Gericht zu bringen. Man nutzt die Instrumente des Gesetzes und fordert sie auf, damit aufzuhören. Jetzt tut die Regierung zunehmend verrückte Dinge, die definitiv illegal sind. Wenn sie dann vor Gericht gestellt werden, verlieren sie und legen Berufung ein. Sie gehen in die nächste Instanz, sie bekommen eine Berufung, sie gehen weiter, und sie gehen weiter, und sie gehen weiter, und dann wissen sie, dass sie eine haben, und sie bauen sich einen Weg zum Obersten Gerichtshof. Jetzt haben sie auch den Obersten Gerichtshof besetzt und nutzen Mechanismen, die sie nicht nutzen dürfen und man sieht, wie der Oberste Gerichtshof etwas tut, was er noch nie zuvor getan hat: Er greift tief in die Trickkiste und zieht Fälle heraus, die er verhandeln will, um einen Präzedenzfall zu schaffen [...] Sie suchen sich ganz klar die Fälle heraus, die es ihnen ermöglichen, die Entscheidungen zu treffen, die sie brauchen, um die Rechtsstaatlichkeit noch weiter auszuhöhlen.“

Damit verbunden ist ein weiteres strategisches Dilemma, dass das Verhältnis von Verteidigung und Weiterentwicklung betrifft: Viele progressive Organisationen haben berechtigte Kritik am bestehenden System – an wirtschaftlicher Ungleichheit, an strukturellem Rassismus, an unzureichendem Klimaschutz. Gleichzeitig müssen sie nun eben jenes System gegen autoritäre Angriffe verteidigen, weil die Alternative noch schlimmer wäre. Diese Spannung zwischen ‚Verteidigen‘ und ‚Verändern‘ kann Organisationen stark belasten. Dennoch lässt sich dieses Dilemma nicht vollständig auflösen, sondern muss transparent gemacht und ausgehalten werden.

Kommunikative Versäumnisse

Unter autoritären Regierungen schrumpfen die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Organisationen. Umso wichtiger werden Versuche, Themen selbst zu setzen und die Deutungshoheit über das eigene Handeln zu behaupten. Eine wichtige Funktion haben dabei Symbole – vor allem, weil die extreme Rechte früh erkannt hat, wie wichtig sie zur Markierung von Feind*innen aber auch zur Konstruktion eines nationalistischen ‚Wir‘ sind. Ein besonders folgenschwerer Kommunikationsfehler ist darum die Preisgabe von Symbolen und kulturellen Codes an autoritäre Bewegungen. In mehreren Gesprächen beschreiben unsere Gegenüber, wie progressive Kräfte wichtige nationale Symbole, Traditionen, Sprache oder kulturelle



Bezüge preisgegeben haben, während autoritäre Akteure diese geschickt besetzen und für ihre Narrative instrumentalisieren. Dadurch gewinnen autoritäre Bewegungen emotionale Anknüpfungspunkte und kulturelle Legitimität, die schwer zurückzugewinnen sind. Gleichzeitig bieten Symbole, wie wir noch sehen werden, auch machtvolle Anknüpfungspunkte für Demokrat*innen, besonders wenn traditionelle Formen des Aktivismus nur eingeschränkt möglich sind.

Wolfgang Pichler betont im Gespräch mit uns: „Meiner Meinung nach geht es darum, nicht aus der eigenen Empörung heraus zu agieren.“ Damit benennt er die Gefahr für zivilgesellschaftliche Akteur*innen, rechte Empörungsspiralen mitzutragen. Statt autoritäre Provokationen zu ignorieren oder strategisch zu kontern, verstärken sie durch emotionale Reaktionen und mediale Aufmerksamkeit genau jene Dynamiken, die autoritäre Akteur*innen bewusst initiieren. Diese Spiralen binden Energie, die in der systematischen und forschungsgeleiteten Entwicklung proaktiver Narrative fehlt und dominieren die öffentliche Debatte – genau wie von den autoritären Strateg*innen beabsichtigt.

Ein wesentliches Problem ist zudem vorseilender Gehorsam. Vor allem unsere US-amerikanischen Gesprächspartner*innen, aber auch Daniel Kovács aus Ungarn betonen, wie fatal es ist, wenn demokratische Akteur*innen sich von Drohungen der Regierung einschüchtern lassen, bestimmte Positionen abschwächen oder sich aus Angst vor Klagen oder finanziellen Repressionen zurückziehen. Matthew Davis bringt es auf den Punkt: „Organisationen und Einrichtungen haben Angst vor der Regierung und versuchen, sie zu beschwichtigen. Aber in der Regel funktioniert das nicht. Die Regierung fordert noch mehr, wenn sie merkt, dass man sich einschüchtern und unterwerfen lässt. Und diese vorzeitige Unterwerfung von Organisationen oder Einrichtungen schränkt den Widerstand der gesamten Gesellschaft erheblich ein.“

Anpassung schützt Akteur*innen also nicht davor, Ziel von Angriffen zu werden. Im Gegenteil: Sie signalisiert Schwäche, beschleunigt die Einschränkung des öffentlichen Raums und bringt genau die Stimmen zum Schweigen, die angesichts autoritärer Politik besonders dringend gebraucht werden. Lisa Webber ergänzt: „Ein wirklich albern Beispiel dafür war, als Trump versuchte, den Golf von Mexiko in Golf von Amerika umzubenennen. Und ich war tatsächlich ziemlich erstaunt darüber, wie viele gemeinnützige Organisationen sich einfach darauf eingelassen haben. Ich fand das ehrlich gesagt eine sehr dumme Kapitulation vor diesem Unsinn. Deshalb haben wir uns schon vor ihrer Machtübernahme zusammengesetzt und beschlossen, dass wir auf keinen Fall aufhören würden, über Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion zu sprechen. Wir benennen keine Dinge um. Wir haben in einer Führungsrunde ganz klar festgelegt, was wir nicht tun würden, wenn all das eintreten würde, was dann auch passiert ist.“

Das Beispiel von Webber zeigt: Diese strategischen und kommunikativen Fehleinschätzungen können durch gute Vorbereitung vermieden werden. Die Zivilgesellschaft kann auch im Angesicht autoritärer Herausforderungen adaptiv, strategisch und mutig handeln. Wie das unseren Gesprächspartner*innen gelingt, werden wir jetzt zeigen.

Gut aufgestellt - wie Engagement unter autoritären Bedingungen gelingen kann

Gute Taktiken

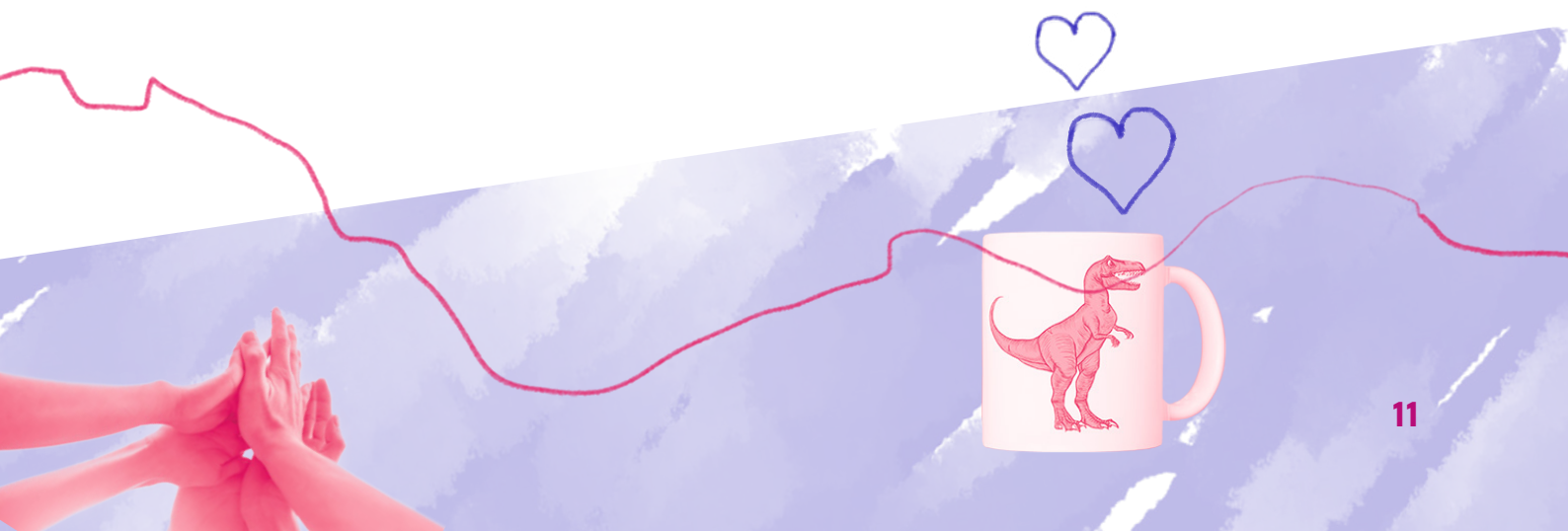
Gemeinschaft und good vibes

Hoffnung und Zugehörigkeit – diese Themen tauchen in unseren Gesprächen immer wieder auf, wenn unsere Gegenüber von erfolgreichen Mobilisierungen berichten. Während autoritäre Regime Gemeinschaft oft über Abgrenzung von anderen sowie Angst und Wut erzeugen, können demokratische Bewegungen andere Gefühle wecken: Freude, Hoffnung und die Erfahrung kollektiver Selbstwirksamkeit. Unsere Gesprächspartner*innen berichten von Bewegungen, die bewusst Räume schaffen, in denen Menschen sich verbunden, ermächtigt und zuversichtlich fühlen. Dabei können Symbole helfen, um Zugehörigkeit auszudrücken. Julia Nowak beschreibt, wie polnische Bewegungen weiße Rosen und Lichtsignale nutzen, um Gemeinschaft zu schaffen: „Ich denke, unter einer unterdrückenden Regierung hilft es den Menschen zu erkennen, dass sie unter Gleichgesinnten sind [...] Es ist wie ein Augenzwinkern: Okay. Hier kannst du dich sicher fühlen.“

Hoch die intersektionale Solidarität

Eine wichtige Erkenntnis aus den Interviews ist, dass Solidarität im Nahraum nicht kaputt ist – selbst unter autoritären Bedingungen sind Menschen bereit, füreinander einzustehen. Diese lokale Solidarität bildet ein robustes Fundament für demokratischen Protest. So beschreiben unsere ungarischen Gesprächspartner*innen, dass die Zivilgesellschaft auch nach Jahren der Stigmatisierung und Delegitimierung durch die Fidesz-Regierung noch großen Zuspruch in weiten Teilen der Bevölkerung genießt. Um diese Verankerung zu erreichen, betonen die Expert*innen, wie wichtig es ist, in die Breite zu gehen und lokale, dezentrale Netzwerke zu stärken, die weniger anfällig für zentrale Attacken sind.

Dabei ist Intersektionalität entscheidend: Erfolgreiche Mobilisierung unter autoritären Bedingungen erfordert das Zusammenbringen unterschiedlicher Kämpfe und Communities. Wenn Klimaaktivist*innen, Feminist*innen, antirassistische Initiativen und Gewerkschaften einander den Rücken stärken, sind sie weniger verletzlich gegenüber autoritären Angriffen.



In Anbetracht vorausseilenden Gehorsams ist das besonders wichtig: Einerseits sind die marginalisierten Gruppen, die international immer wieder als Feindbilder der extremen Rechten auftauchen, strukturell verwundbarer und haben weniger Ressourcen zur Selbstverteidigung. Andererseits wird Solidarität erschwert, wenn einige Strukturen aus Angst vor Angriffen in Deckung gehen und sich zurückziehen, solange sie sich nicht betroffen fühlen. Nicht zuletzt fällt Widerspruch und das Festhalten an demokratischen Werten leichter, wenn man sich als Teil einer großen Gruppe fühlt. Für autoritäre Regierungen ist es einfacher, an isolierten Akteur*innen ein Exempel zu statuieren, als sich gegen eine gut vernetzte, solidarische Zivilgesellschaft zu stellen.

Die Interviews zeigen, dass dieser Zusammenhalt nicht automatisch entsteht, sondern aktiv geschaffen und gepflegt werden muss – durch gemeinsame Aktionen, gegenseitige Unterstützung und die Sichtbarmachung verbindender Anliegen. Julia Nowak dazu: „Es ist wichtig, großzügig für die Bewegung und gegenüber anderen zu sein [...] Wenn Menschen sich öffentlich gegenseitig unterstützten, wenn jemand angegriffen wird, dann war das später für die Koalitionsarbeit hilfreich. Zum Beispiel, wenn man öffentlich Unterstützung zeigt, wenn ein Frauenstreik von Hooligans angegriffen wird [...] Das war etwas, das sichtbar war, und es hat bei anderen Dingen geholfen.“

Das Froschkostüm auspacken

„Da ist was gelungen, durch diesen humoristischen Twist“, beschreibt Lena Steiner eine erfolgreiche Aktion, mit der ihre österreichische Organisation die Inkompetenz der Kurz-Regierung vorgeführt hatte: „Die Medien haben das geliebt. Und die öffentliche Debatte war wochenlang: ‘Wie lächerlich ist das, dass sie sich so vor sich hertreiben lassen, die Regierung von der FPÖ.’“ Kreative Taktiken und Humor zeigen sich auch bei anderen Gesprächspartner*innen als wirkungsvolle Instrumente gegen autoritäre Macht. Das Gespräch mit Lisa Webber zeigt etwa, dass unkonventionelle Protestformen – Kunst, Satire, Performance, subversive Interventionen – autoritäre Narrative durchbrechen und schwer zu unterdrücken sind. Humor nimmt extrem rechten Akteur*innen die Aura der Unantastbarkeit und trifft sie an einem wunden Punkt: ihrem Image und der aggressiven Autorität, die sie ausstrahlen wollen. Webber erzählt: „Was meiner Meinung nach durch einige Proteste gegen ICE-Razzien sehr sichtbar geworden ist, ist eine Art humorvolle Bloßstellung. [...] es gibt Leute, die Froschanzüge tragen und solche Sachen. Und ich finde, das ist unglaublich effektiv, weil es diesen Leuten an der Macht nur um ihr Image geht. Sie sind alle wie Fox News und darauf bedacht, das richtige Image zu vermitteln. Und wenn sie darüber nachdenken, politische, gewalttätige Maßnahmen gegen Demonstranten zu ergreifen, was sie meiner Meinung nach tun wollen, und sie haben versucht, das umzusetzen, und dann tauchen Leute in Froschkostümen auf, dann wollen sie dieses Image nicht vermitteln.“

Nein!

Eine besonders wirksame Taktik kann ziviler Ungehorsam sein – als kollektive Verweigerung, autoritäre Verordnungen umzusetzen. Die Interviews liefern eindrucksvolle Beispiele: In Ungarn etwa weigerten sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen, sich als ‘ausländische Agenten’ registrieren zu lassen. Peter Szabó erzählt: „Die Regierung wollte zivilgesellschaftliche Organisationen einschüchtern und sie zwingen, diese Regeln zu befolgen. Wir gehörten

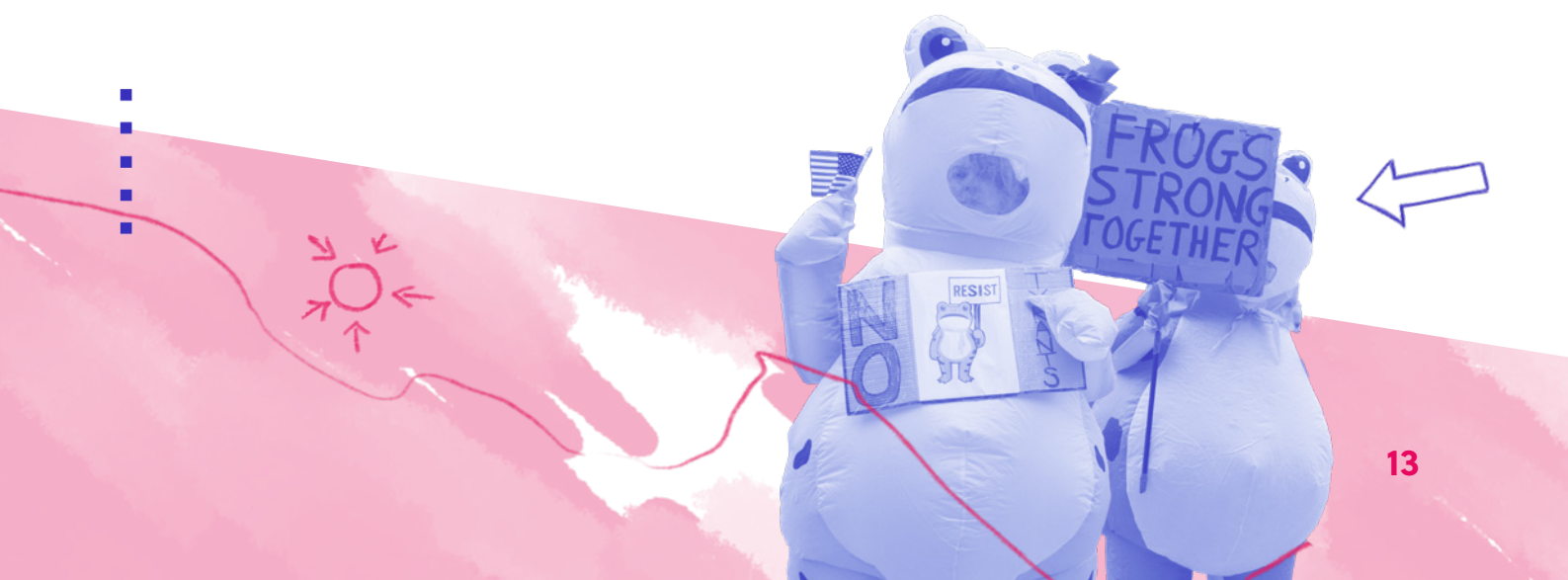
zu den Organisationen, die sich entschieden haben, diese Vorschriften nicht zu befolgen. Wir haben uns also für zivilen Ungehorsam entschieden [...] Es ist nichts passiert. Es wurden also keine Sanktionen gegen uns verhängt. Wir haben also ziemlich früh erkannt, dass wir in Schwierigkeiten geraten könnten, sobald wir die Vorschriften ernst nehmen. Aber wenn wir den Machthabern klar machen, dass wir uns nicht fügen und die Vorschriften nicht befolgen werden, die eindeutig dazu dienen, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen, dann haben wir vielleicht eine Chance, uns zu wehren." Hier können Organisationen die oben beschriebene Tendenz autoritärer Regierungen ausnutzen, symbolische Gesetze zu erlassen, deren Rechtmäßigkeit fragwürdig ist. Solche koordinierten Verweigerungsstrategien – besonders wenn sie in breiten Bündnissen organisiert werden – können autoritäre Maßnahmen delegitimieren und ihre Durchsetzung erschweren oder verhindern.

Auch Streiks werden von Gesprächspartner*innen aus den USA als Option genannt. In Europa ist der politische Streik vor allem als Bewegungs-Schlagwort präsent – etwa durch die Klimastreiks von Fridays for Future oder das Netzwerk Frauenstreik in Polen. Als tatsächliche Niederlegung von Lohnarbeit spielt er in der Planung von Protest aktuell allerdings eine untergeordnete Rolle. Unsere Gesprächspartner*innen betonen, dass solche Aktionen gut vorbereitet sein müssen und ein starkes politisches Momentum brauchen, aber erhebliche Kraft entfalten können. Als zivilgesellschaftliche Eskalationsstufe sind Streiks mit hohem Aufwand und hohen Risiken verbunden, in Kooperation mit Gewerkschaften allerdings eine möglicherweise unterschätzte Option.

Ab in die Fläche

Ein wichtiger Baustein ist die Dezentralisierung demokratischer Arbeit. Oft fokussieren progressive Organisationen ihre Arbeit auf Hauptstädte und urbane Zentren, während autoritäre Bewegungen systematisch in ländliche Räume und kleinere Städte expandieren, wo sich in vielen Fällen auch die Basis ihrer Unterstützer*innen findet. Die Interviews zeigen: Auch demokratische Kräfte müssen in die Fläche gehen. Das bedeutet physische Präsenz im ländlichen Raum, das Aufbauen lokaler Strukturen und das Entwickeln von Angeboten, die für verschiedene Communities relevant sind. Dezentralisierte Aktionen wie der polnische Frauenstreik oder physische Präsenz auf den Dörfern, wie bei Protesten serbischer Student*innen machen sichtbar, wie breit demokratische Werte auch in extrem rechten Systemen verankert sind.

Das systematische Aufbauen von Beziehungen, die Arbeit mit lokalen Multiplikator*innen und das Entwickeln von Kampagnen ausgehend von konkreten Alltagsproblemen kann hier eine



wichtige Rolle spielen. Die Expert*innen betonen: Es geht nicht darum, fertigen Content aus der Hauptstadt in die Provinz zu bringen, sondern darum zu fragen: Was brauchen die Menschen vor Ort? Wer kann was anbieten? Welche lokalen Ressourcen gibt es? Dezentralisierung und ein Fokus auf Organizing bedeutet echte Machtübergabe und das Vertrauen in lokale Akteur*innen, eigene Strategien zu entwickeln.

Gute Themen

Zentrales Ziel autoritärer Angriffe auf die Zivilgesellschaft ist es, ihnen Legitimität abzusprechen. Wolfgang Pichler fasst zusammen: „Es geht um Reduktion oder Zerstören von Vertrauen.“ Diese Entwicklung können wir aktuell auch in Deutschland beobachten, wo die AfD versucht, Demokratieaktivismus als linksextrem oder als Ausdruck einer staatlich finanzierten 'Gesinnungsdiktatur' darzustellen. Diese Attacken laufen jedoch ins Leere, wenn die Zivilgesellschaft starke Legitimation in der Bevölkerung genießt. Zentral ist es darum, die Erfolge und Relevanz demokratischen Engagements sichtbar zu machen, gut in der Fläche verankert zu sein und eigene Werte proaktiv zu kommunizieren. Für unsere Gesprächspartner*innen kann das vor allem mit einem Fokus auf lebensweltliche Themen und Gerechtigkeitserzählungen gelingen.

Konkret schlägt abstrakt

Eine zentrale Erkenntnis aus den Interviews ist, dass vage, schlagwortbasierte Appelle an Demokratie und Menschenrechte als Grundlage für die politische Mobilisierung oft ins Leere laufen. Unserer Gesprächspartner*innen haben die Erfahrung gemacht, dass sich Menschen nicht primär für abstrakte Werte engagieren, sondern für konkrete Verbesserungen ihrer Lebenssituation. Sie betonen: Erfolgreiche Mobilisierung beginnt mit dem, was die Menschen vor Ort als relevant erachten – steigende Lebenshaltungskosten, Zugang zu Gesundheitsversorgung, bezahlbare Mieten, lokale Infrastruktur. Lena Steiner erklärt die Notwendigkeit der Übersetzung abstrakter politischer Themen an einem Beispiel: „Also ist es natürlich super schwierig, wenn wir über Qualitätsförderung für Medien sprechen, denn dann reden wir mit einer ganz kleinen Zielgruppe. Aber am Ende des Tages geht es darum, Menschen zu vermitteln, ‚He, du willst dich doch auf die Infos, die du kriegst verlassen können, damit du gute Entscheidungen treffen kannst in deinem Leben.‘“

Entscheidend ist, abstrakte Themenkomplexe wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit diesen Alltagsanliegen zu verbinden. Wenn Gerichte den Zugang zu Abtreibung einschränken, wird Rechtsstaatlichkeit konkret. Wenn Menschen ihre Arbeit verlieren, weil sie Kritik äußern, wird Autoritarismus greifbar. Autoritarismus und oligarchische Tendenzen, wie sie in vielen autokratischen Regimen praktiziert werden, haben direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität – zivilgesellschaftliche Organisationen sollten darum versuchen, diese Werte nicht als abstrakte Ideale, sondern als Voraussetzung für gutes Leben zu vermitteln.

Gerechtigkeit als thematischer Ankerpunkt

„Niemand spricht von Menschenrechten. Niemand spricht von internationalem Recht. Aber die Leute sprechen von Gerechtigkeit, was irgendwie interessant ist“, beobachtet Francesco di

Matteo. Für mehrere unserer Gesprächspartner*innen ist Gerechtigkeit ein Schlüsselthema, weil sie an ein breit verankertes Verständnis von Fairness anknüpft. Für Ungarn beschreibt Daniel Kovács den Umgang mit ungerechter Wohlstandsverteilung als mögliches Moment für Mobilisierung: „Demokratie, Korruption, solche Themen wurden jahrelang von der Gesellschaft völlig vernachlässigt, weil die öffentliche Meinung lautete, dass wir zumindest eine ungarische Oligarchie aufbauen würden. Das ist also viel besser als amerikanische oder europäische Oligarchen [...] Das ist das System selbst, und die Menschen akzeptieren es. Solange sich ihre eigene Lebenssituation nicht immer weiter verschlechterte, akzeptierten die Menschen, dass Diebstahl eben Diebstahl ist. Jetzt, wo niemand mehr Geld hat, ist das anders als in den letzten Jahren.“

Menschen haben ein intuitives Gespür dafür, wenn Ressourcen unfair verteilt werden. Daran knüpft auch eine Fokusgruppen-Studie des TTRex mit jungen AfD-Erstwähler*innen an: Fairness ist für diese jungen Menschen ein zentraler Wert. Momentan bespielt in Deutschland die AfD dieses Feld erfolgreich, indem sie Verteilungsfragen an Migration knüpft und den Eindruck bedient, dass der mangelnde Zugang zu guter Infrastruktur und Ressourcen durch eine Bevorzugung von 'Fremden' entstünde. An das grundlegende Gefühl, dass Chancen und Zugang zu Ressourcen massiv ungerecht verteilt sind, können jedoch auch Demokrat*innen anknüpfen. Julia Nowak betont: „Ich denke, soziale Ungerechtigkeit ist die Wurzel der Probleme, die Wurzel des aufkommenden Faschismus und der extremen Rechten. Ich denke, soziale Ungerechtigkeit ist der Grund, warum wir die extreme Rechte haben. Ich denke, wir müssen dieses Problem an der Wurzel packen, die Agenda aufzeigen und den Menschen diese Dynamiken erklären.“

Breiter Konsens und lokale Relevanz

Auf konkreter thematischer Ebene beschreiben unsere Gesprächspartner*innen mehrfach Themen als erfolgreich, die lagerübergreifend Konsens finden. Sie nennen Beispiele wie Korruptionsbekämpfung, Umwelt- und Tierschutz sowie das Wohlbefinden von Kindern. Diese Themen ermöglichen breite Bündnisse über ideologische Grenzen hinweg.

Ein Schlüsselprinzip ist die Orientierung an dem, was lokal als relevant wahrgenommen wird. Nicht jede Kampagne, die in der jeweiligen Hauptstadt funktioniert, resoniert in ländlichen Regionen. Gleichzeitig fühlen sich Menschen oft eher angesprochen, wenn Aktionen und Kampagnen direkt in ihrem Umfeld wirken, etwa die Einrichtung eines Parks im eigenen Wohnviertel. Marija Petrović erklärt: „[I]ch denke, jede Gemeinschaft muss herausfinden, was für ihre Gesellschaft das größere Ziel ist, ausgehend von dem Punkt, an dem sie sich gerade befindet. Denn ich hatte Studenten aus Schweden, die für sichere Parks und solche Dinge kämpfen. Und hier kämpft man ums Überleben. Es ist also eine ganz andere Art, aber es ist derselbe Wert. Sie kämpfen für etwas Besseres, und jeder sollte herausfinden, was für ihn besser ist, und für den nächsten Schritt kämpfen.“ So kann ausgehend von tatsächlichen Bedürfnissen eine überzeugende Vision einer lebenswerten Gesellschaft entwickelt werden.

Wenn Kulturkampf zu weit geht

Sowohl Julia Nowak als auch Lisa Webber weisen im Gespräch mit uns auf einen interessanten Punkt hin: extrem rechte Kulturkämpfe können ihren strategischen Zweck verfehlen und

Widerstand aktivieren. Wenn autoritäre Akteur*innen den Bogen überspannen – etwa bei extremen Abtreibungsverboten, wie teilweise in den USA und Polen, oder bei der brutalen Jagd auf vermeintliche Migrant*innen durch die US-Immigrationsbehörde ICE – kann dies breite gesellschaftliche Schichten aktivieren und die Stimmung zu Themen wie Migration und Frauen*rechte ins Gegenteil dessen kippen lassen, was die extreme Rechte propagiert. Der Kulturkampf wird, wenn er auf einmal Menschen im eigenen Umfeld betrifft und im eigenen Alltag nicht mehr zu ignorieren ist, 'too much' und stößt Menschen ab, die autoritäre Narrative bisher tolerierten oder über sie hinwegsehen.

Die große Herausforderung für politische Bewegungen besteht darin, diese Momente strategisch zu nutzen, ohne selbst in eine kulturkämpferische Logik zu verfallen. Dafür sollten zivilgesellschaftliche Aktivitäten die konkreten Auswirkungen extrem rechter Politik auf Menschenleben zeigen und gleichzeitig ein positives, inklusives Gegennarrativ entwickeln, das Menschen einlädt statt ausgrenzt.

Gute Bündnisse

Unter autoritären Bedingungen werden Allianzen zu einer existenziellen Notwendigkeit – gegen den Abbau demokratischer Strukturen, die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Einschränkung der freien Presse können Bündnisse sich deutlich besser zur Wehr setzen als einzelne Organisationen. Sie schaffen Sichtbarkeit, mobilisieren mehr Menschen und Ressourcen und bieten den beteiligten Akteuren Schutz durch Solidarität.

Unsere Gesprächspartner*innen betonen, dass Bündnisse nicht nur strategische Instrumente zur Machtverstärkung sind, sondern auch konkrete Schutzräume für ihre Mitglieder. Janós Nagy beschreibt den Mehrwert der breiten ungarischen zivilgesellschaftlichen Allianz, deren Mitglied seine Organisation ist, so: „Wir unterstützen einander, wir haben ein internes Netzwerk, wo wir Infos austauschen, wo wir sehr viele Guides und interne Materialien haben. Wie kannst Du deine Mitarbeitenden schützen? Wie kannst Du Deine Organisation schützen? Was für Maßnahmen und Krisen-Kommunikationsmethoden gibt es. Wir haben interne Trainings, wir bereiten zusammen die Kampagnen vor, wenn es eine neue restriktive Gesetzgebung gibt. Die enge Kooperation zwischen diesen Organisationen hilft uns sehr.“

Radikaler Pragmatismus

Unsere Interviewpartner*innen stellen heraus, dass ein hohes Maß an Pragmatismus nötig ist, um breite und effektive Bündnisse zu schmieden. Eine komplette ideologische Übereinstimmung und Konsens in allen politischen Fragen ist selbst mit nahestehenden Organisationen oft nicht gegeben – und noch weniger mit neuen Partner*innen. Stattdessen müssen Bündnisse lernen, auf Basis gemeinsamer Minimalziele zu agieren, während sie gleichzeitig Raum für unterschiedliche Positionen und Ansätze lassen.

Dieser Pragmatismus erfordert die Fähigkeit, Differenzen auszuhalten. Umweltorganisationen werden nicht in allen Fragen mit Gewerkschaften übereinstimmen. Liberale und linke Organisationen haben unterschiedliche Vorstellungen von Wohlstandsverteilung. Kirchen und säkulare Verbände können verschiedene Wertefundamente haben. In den Gesprächen

wird deutlich, dass diese Differenzen funktionierenden Bündnissen nicht im Wege stehen, wenn es einen gemeinsamen Nenner gibt – den Schutz demokratischer Grundstrukturen, die Verteidigung des Rechtsstaats oder die Ablehnung autoritärer Übergriffe. Matthew Davis dazu: „Organisationen mit unterschiedlichem ideologischen Spektrum [müssen] ihre Differenzen beiseite legen, mit einer Stimme sprechen und die verfassungswidrigen und illegalen Machtübernahmen der Regierung anprangern. Dies sollte überparteilich sein. Es sollte keine Rolle spielen, ob man dem demokratischen Establishment angehört, dem republikanischen Establishment angehört oder ob Sie eine klimabezogene Organisation oder eine LGBTQ-Organisation sind, ich denke, dass wir letztendlich alle ein Interesse daran haben, unsere Demokratie zu bewahren.“

Bündnisse brauchen Formate und Räume, in denen unterschiedliche Perspektiven geäußert, Konflikte ausgetragen und Kompromisse gefunden werden können – ohne dass bei jeder Meinungsverschiedenheit die Zusammenarbeit in Frage steht. Um diese Konfliktfähigkeit zu entwickeln, ist der Aufbau persönlicher Beziehungen und eine Kultur der Wertschätzung zentral, wie Julia Nowak betont: „Ich denke, es ist besonders wichtig, verschiedene Beiträge von verschiedenen Organisationen wertschätzen zu können und diese Wertschätzung auch zu zeigen [...] Wenn die zwischenmenschlichen Beziehungen stark sind, ist es viel einfacher, Spannungen oder Probleme zu lösen, die auf organisatorischer Ebene auftreten.“ Lisa Webber arbeitet für ein US-amerikanisches Netzwerk von Umweltorganisationen und Gewerkschaften – zwei Gruppen, zwischen denen inhaltliche Differenzen und Streitpunkte programmiert sind. Dennoch sind hier über Jahre hinweg stabile Beziehungen gewachsen, in denen Zusammenarbeit möglich ist. Dazu nutzt das Netzwerk erstens Treffstrukturen, in denen konstruktiv gestritten werden kann, ohne dass immer eine Einigung erzielt werden muss. Zweitens haben die Partner*innen eine Praxis etabliert, in denen eine Organisation die anderen im Vorfeld informiert, wenn sie öffentlich einen Standpunkt äußert, der anderen Partner*innen missfallen könnte. So können sich die Mitglieder auf diese Positionen vorbereiten und haben nicht das Gefühl, dass Verbündete ihnen in den Rücken fallen.

Partner*innen außerhalb des eigenen Tellerrands finden

Selbst in Ländern wie Ungarn und Polen, in denen autoritäre Regierungen über Jahre hinweg zivilgesellschaftliches Engagement attackiert haben, existieren breite, stabile Bündnisse. Neben zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in ihrer Themensetzung und Arbeitsweise sowieso Überschneidungen haben, sollten dabei auch andere Interessenvertre-



tungen jenseits der organisierten Zivilgesellschaft als Partner*innen einbezogen werden. Das gilt insbesondere für die Privatwirtschaft. Autoritäre Regime versuchen systematisch, Unternehmen zu kontrollieren oder einzuschüchtern. Unternehmer*innen, die sich demokratischen Werten verpflichtet fühlen, können wichtige Bündnispartner sein. Entsprechend antwortet János Nagy auf die Frage, welche möglichen Bündnispartner*innen seine Organisation früher hätte ansprechen müssen: „Wir hätten früher anfangen müssen, mit dem Businesssektor Kooperationen zu starten und die Beziehungen dorthin zu verstärken.“ Unternehmen haben eigene Interessen an funktionierenden demokratischen Institutionen, an unabhängiger Justiz und an Korruptionsbekämpfung. Diese Gemeinsamkeiten können als Basis für Kooperationen dienen, ohne dass grundlegende wirtschaftspolitische Differenzen aufgelöst werden müssen.

Solche Bündnisse haben zusätzlich auch einen strategischen Wert: Sie erschweren es autoritären Akteuren, die Opposition als 'wirtschaftsfeindlich' oder 'elitär' zu brandmarken, und sie zeigen, dass demokratischer Widerstand über traditionell progressive Milieus hinausreicht.

Gute Strukturen

Interne Strukturen wetterfest machen

Zivilgesellschaftliche Arbeit unter autoritären Bedingungen ist ein Marathon, kein Sprint. Organisationen sollten darum ihre internen Strukturen darauf ausrichten, langfristig handlungsfähig zu bleiben. Dazu gehört vor allem auch Rücksichtnahme auf mentale und emotionale Ressourcen. Strukturell bedeutet das, Burnout-Prävention zu institutionalisieren, psychologische Unterstützung als selbstverständlichen Teil der Organisationskultur zu etablieren sowie Raum für Erholung zu schaffen und durchzusetzen. Zudem zeigen unsere Gespräche: Taktiken und Kampagnen werden auch immer wieder scheitern. Organisationen sollten darum eine Kultur entwickeln, in der Fehler als Lernmöglichkeiten begriffen werden und nicht zu lähmender Selbstkritik führen. Diese Haltung muss strukturell verankert werden – durch teaminterne Reflexionsformate, eine angstfreie Fehlerkultur und die Ermutigung zum Experimentieren.

Ziele herunterbrechen, Erfolge feiern

Jahrelang unter erschwerten Bedingungen aktiv zu bleiben, bringt viele Engagierte an ihre zeitlichen und emotionalen Grenzen. Unter autoritären Bedingungen, wo Ressourcen knapp, Risiken hoch und Erfolge schwer erkämpft sind, ist es darum wichtig, realistische Ziele zu setzen. Während große visionäre Ziele die langfristige Richtung vorgeben, braucht es für die operative Arbeit erreichbare Teilziele, bei denen Erfolg tatsächlich möglich ist. So gelingt es, laut Marija Petrović, den eigenen Engagierten zu zeigen „dass es irgendwie weitergeht, dass es zum nächsten Schritt übergeht. Es muss kein Sieg sein, kein kompletter Sieg, aber wir müssen ihnen zeigen, dass es Hoffnung gibt.“

Um diese Hoffnung sichtbar zu machen, ist es wichtig, errungene Erfolge auch zu feiern – selbst die kleinen. Petrović beschreibt es als einen Kreislauf aus treffen, handeln und feiern: „Menschen brauchen Abwechslung. Wenn man Menschen organisiert, muss man Meetings abhalten, dann Maßnahmen ergreifen, dann feiern und weiterbilden. Wenn man etwas davon auslässt, wenn man nur Meetings, Meetings und nochmals Meetings abhält, aber nichts

davon umsetzt, um tatsächlich etwas zu bewirken, dann springen die Menschen ab. Wenn man nur Maßnahmen, Maßnahmen, Maßnahmen durchführt, ohne darüber nachzudenken, Ideen zu sammeln und sie in Besprechungen zu bewerten, springen Menschen ab." Nach jeder Aktion, jedem Projekt, jedem Meilenstein braucht es also Zeit und Raum, um gemeinsam innezuhalten und das Erreichte zu würdigen. Das ist keine Nabelschau oder Zeitverschwendung, sondern eine essenzielle Investition in die psychische Widerstandsfähigkeit der Organisation.

Gute Vorbereitung

Für alle Fälle gewappnet

Insbesondere das erste Jahr der zweiten Trump-Regierung zeigt, wie schnell autoritäre Machthaber*innen Veränderungen umsetzen können. Hier wird auch deutlich, wie überfordert und handlungsunfähig die Opposition von dieser Wucht und Geschwindigkeit sein kann. Lisa Webber schildert, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen von Trumps Sieg völlig unvorbereitet getroffen wurden – sie hatten sich auf eine demokratische Regierung unter Kamala Harris eingestellt. Das Beispiel zeigt: Wenn Autoritäre an die Macht kommen, ist es oft zu spät für grundlegende strukturelle Anpassungen. Organisationen sollten deshalb systematische Szenarioplanung betreiben. Was passiert, wenn staatliche Förderungen wegfallen und private Fördereinrichtungen unter Druck geraten? Welche roten Linien ziehen wir, wenn die Regierung Gleichstellungsmaßnahmen auflöst und versucht, Geschichte umzuschreiben? Diese Fragen mögen pessimistisch klingen, aber Vorbereitung bedeutet vor allem, präventiv Resilienz aufzubauen. Konkret gehören dazu die Diversifizierung von Finanzierungsquellen, die rechtliche Absicherung von Strukturen und Personen und die Vorbereitung einer Kommunikationsstrategie zur Verteidigung der eigenen Werte.

Vorausschauende Netzwerke gegen vorseilenden Gehorsam

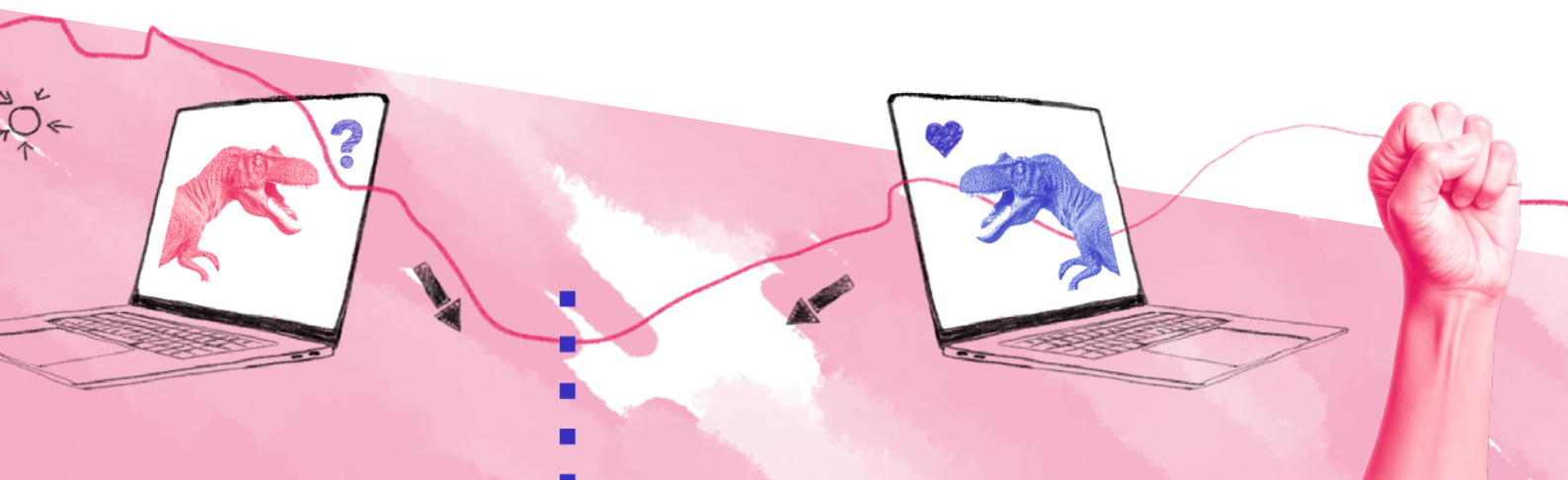
Wie oben ausgeführt sind Bündnisse und strategische Allianzen ein wichtiger Baustein für eine handlungsfähige Zivilgesellschaft unter autoritären Bedingungen. Diese Beziehungen sollten nicht erst aufgebaut werden, wenn die eigene Organisation und mögliche Partner*innen bereits von autoritären Akteur*innen unter Druck gesetzt werden. Beziehungen zu anderen Organisationen, zu Medien und auch zu potenziell verbündeten Akteur*innen in der Wirtschaft oder liberal-konservativen Milieus brauchen Zeit zum Wachsen. Unter Druck geschmiedete Zweckbündnisse sind fragiler als Kooperationen, die auf gewachsenem Vertrauen basieren. Es lohnt sich darum, schon jetzt systematisch in Beziehungsarbeit zu investieren – auch zu Akteur*innen, mit denen man nicht in allen Fragen übereinstimmt. So kann man die Möglichkeit verkleinern, dass vorseilender Gehorsam nach einer autoritären Machtübernahme die reflexartige Antwort dieser Akteur*innen wird. Wenn man weiß, dass man sich auf ein Netzwerk der Solidarität und ideellen und materiellen Unterstützung verlassen kann, sinkt der Druck, sich nach Angriffen konform zu verhalten. Diese Solidarität muss vor der Krise aufgebaut und eingeübt werden – sie entsteht nicht automatisch, wenn sie gebraucht wird.

Präventive Verfassungssicherung

Für Matthew Davis haben die US-Demokraten eine wichtige Gelegenheit verpasst, für rechtliche Absicherung zu sorgen, solange sie noch eine Mehrheit dazu hatten. Sowohl er als auch der Österreicher Wolfgang Pichler betonen, wie wichtig es ist, bestimmte demokratische und institutionelle Mechanismen sowie menschenrechtliche Grundpfeiler verfassungsrechtlich so zu verankern, dass sie nicht per einfacher Mehrheit abgeschafft werden können. Das ist präventive Demokratieverteidigung: Hürden errichten, solange es noch möglich ist. An seine Grenzen stößt dieses System, wenn die Regierung eine ausreichende Mehrheit hat, um die Verfassung zu ändern. Wie wir in Ungarn sehen, kann auch die Verfassung zum Spielball autoritärer Kräfte werden. Dennoch sollte die demokratische Zivilgesellschaft Druck auf demokratische Parteien aufbauen, diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

Bereit sein für Wandel

Autoritäre Bewegungen sind erfolgreich, weil sie ihren Wähler*innen ein Angebot von Zugehörigkeit und eigener Aufwertung machen. Wenn diese Versprechungen nicht eingelöst werden oder externe Schocks wie etwa wirtschaftliche Probleme eintreten, kann dieses System ins Wanken geraten. Die demokratische Zivilgesellschaft muss bereit sein, dieses Momentum zu nutzen, wenn es auftritt – dann ist Wandel auch unter autoritären Bedingungen möglich. Selbst in Ungarn erscheint es aktuell denkbar, dass die Alleinherrschaft von Orbán und der Fidesz-Partei bei den Wahlen 2026 gebrochen wird. Peter Szabó beschreibt, was die Bewegung um den Gegenkandidaten Péter Magyar bei Menschen in Ungarn auslöst und was die demokratische Zivilgesellschaft damit zu tun hat: „Ich glaube, dass er vielen Menschen Hoffnung gegeben hat und zeigt, wie notwendig politische Beteiligung ist. Das bedeutet nicht unbedingt, dass die Menschen einer Partei beitreten wollen. Es bedeutet, dass sie im öffentlichen Leben insgesamt aktiver geworden sind, weil sie nun den Sinn darin erkennen. Sie sehen nun, dass es vielleicht eine Möglichkeit gibt, sich mit einem [Wahl]ergebnis Gehör zu verschaffen [...]. Ich glaube, dass sich die Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft endlich auszahlen wird. Wir hatten viele Kämpfe und viel Arbeit, um Koalitionen zu bilden, in denen wir als Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten konnten, und jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, an dem es viel effektiver ist als noch vor Jahren [...] Jetzt gibt es einen politischen Kontext, in dem diese scheinbar isolierten Geschichten Teil einer großen Geschichte werden können.“ Solche Räume für Veränderung zu erkennen und handlungsfähig zu sein, um sie auch zu nutzen, ist eine zentrale Chance der demokratischen Zivilgesellschaft in autoritären Staaten.



Und jetzt?

Aus unseren Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Expert*innen aus Ungarn, Polen, Serbien, Italien, Österreich, der Schweiz und den USA wird deutlich: Das Erstarken extrem rechter Kräfte hat massive Auswirkungen auf demokratisches Engagement. Wenn autoritäre Tendenzen sich verstärken, schrumpfen zivilgesellschaftliche Räume, während demokratische Strukturen mit großer Geschwindigkeit ausgehöhlt werden und universelle Werte und Normen erodieren. Doch die Interviews zeigen ebenso eindringlich: Protest und Engagement sind auch unter schwierigsten Bedingungen möglich und können Erfolg haben. In Polen gelangen Grassroots-Bewegungen riesige Mobilisierungen im ganzen Land. In Serbien entstehen dezentrale Netzwerke, die der Vučić-Regierung trotzen. In Ungarn verweigern Organisationen kollektiv die Registrierung als 'ausländische Agenten' und zwingen Fidesz zum Einknicken. Widerstand ist nicht aussichtslos – er erfordert nur andere Strategien, mehr Mut und vor allem: Vorbereitung.

Was also können wir tun, bevor sich bei den Landtagswahlen 2026 mit möglichen AfD-Erfolgen auch in Deutschland weitere Fenster zu schließen drohen? Die demokratische Zivilgesellschaft kann schon jetzt konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung ergreifen: Organisationen sollten Szenario-Pläne entwickeln, die verschiedene autoritäre Entwicklungspfade durchdenken und Handlungsoptionen vorbereiten. Sie können Netzwerke systematisch auf- und ausbauen, insbesondere auch zu Akteur*innen aus der Wirtschaft mit einer starken Wertebasis – besonders, weil sich hier schon jetzt zeigt, dass andere Teile dieses Sektors vor der extremen Rechten einknicken könnten. Bündnisse sollten angeschoben werden, solange noch Zeit ist, Vertrauen aufzubauen und gemeinsame Positionen zu entwickeln. Lokale Strukturen müssen gestärkt und dezentralisiert werden, und es braucht interne Investitionen in psychische Widerstandsfähigkeit: Burnout-Prävention, Fehlerkultur und das Feiern von Erfolgen sind kein nachgelagerter Luxus, sondern Überlebensfragen für langfristiges Engagement.

Die Lage ist ernst – aber auch unter schwierigsten Bedingungen bleibt Zivilgesellschaft aktiv, entwickelt neue Widerstandsformen und schafft Räume der Hoffnung und Solidarität. Menschen organisieren sich weiter, trotz der Einschüchterung und beweisen jeden Tag aufs Neue, dass autoritäre Macht nicht allmächtig ist. Diese Erfahrungen unserer Gesprächspartner*innen sind Ressource und Ermutigung zugleich. Denn die Zukunft der Demokratie wird nicht nur an der Wahlurne und in Parlamenten entschieden, sondern auch in den alltäglichen Entscheidungen zivilgesellschaftlich Engagierter, jetzt zu handeln, Solidarität zu leben und nicht nachzugeben.

Gut aufgestellt: Weiterführende Ressourcen für zivilgesellschaftlich Engagierte

Für Tipps für erfolgreiche Mobilisierung und Strategieplanung oder Hilfe bei Angriffen der extremen Rechten auf Dich oder Deine Organisation haben wir hier weitere Ressourcen über Unterstützungsmöglichkeiten zusammengestellt:



Unsere Gesprächspartner*innen

Da einige unserer Interviewpartner*innen nur anonym zitiert werden wollen, haben wir uns entschieden, ihre Namen zu pseudonymisieren, um alle Erfahrungen aus den Interviews gleichermaßen wiedergeben zu können.

- | | |
|------------|---|
| 10.9.2025 | Lena Steiner ist Geschäftsführerin einer österreichischen NGO. |
| 11.9.2025 | Daniel Kovács ist Geschäftsführer einer ungarischen NGO. |
| 15.9.2025 | Julia Nowak ist ehemalige Leiterin einer polnischen NGO und aktuell Geschäftsführerin eines internationalen Zusammenschlusses zivilgesellschaftlicher Organisationen. |
| 15.9.2025 | Marco Frey ist Investigativjournalist in der Schweiz. |
| 16.9.2025 | Wolfgang Pichler ist ehemaliger Leiter eines österreichischen Verbands und aktuell Geschäftsführer eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses. |
| 22.9.2025 | János Nagy ist Mitarbeiter einer ungarischen Klima-NGO. |
| 29.9.2025 | Francesco di Matteo ist Professor für Politikwissenschaft an einer italienischen Universität. |
| 1.10.2025 | Matthew Davis ist Programmleiter eines US-amerikanischen Thinktanks. |
| 2.10.2025 | Marija Petrović ist Leiterin einer serbischen NGO. |
| 7.10.2025 | Hannah Geller ist Mitarbeiterin einer US-amerikanischen Umweltorganisation. |
| 15.10.2025 | Lisa Webber ist Bereichsleiterin eines US-amerikanischen Netzwerks aus Umwelt- und Arbeitgeberverbänden. |
| 31.10.2025 | Peter Szabó ist Mitarbeiter einer ungarischen Bürgerrechtsorganisation. |

Impressum

CAMPACT!
Bewegt Politik



Der TTRex arbeitet daran, dass das Wissen über das Erstarken der extremen Rechten seinen Weg von der Forschung zu den Menschen findet, die sich unermüdlich für den Schutz unserer Demokratie einsetzen. Darum bringen wir Forscher*innen und Engagierte zusammen und machen wissenschaftliche Arbeiten für die Zivilgesellschaft zugänglich. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht fundierte Daten und Fakten, um Ressourcen wirksam einzusetzen und dem Rechtsruck Aktivitäten entgegenzustellen, die demokratische Räume und ein respektvolles Miteinander stärken. Unser Ziel: Eine lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft, in der sich Menschen aktiv für unsere Demokratie einsetzen – und dabei die aktuellste Forschung an ihrer Seite wissen.



@campact.de



Campact e.V.



@campact.bsky.social

www.campact.de

www.ttrex.de

ttrex@campact.de

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des TTRex auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. © Thinktank Rechtsextremismus, 2026

Veröffentlicht im Januar 2026

V.i.s.d.P. Felix Kolb, C/o Friedrichstr. 155, 10117 Berlin

Autorin: Victoria Gulde

Vielen Dank an Dr. Ella Müller, Dr. Daniel Mullis und Aurora Souza Basso für hilfreiche Anmerkungen und anregende Diskussionen.

Satz, Gestaltung, Illustrationen: Jenny Harbauer

Fotos: Titel: IMAGO / Pacific Press Agency u. ZUMA Press Wire,

S.4: IMAGO / ZUMA Press Wire, S.13: IMAGO / Pacific Press Agency

